

GLYPHOSAT – CSU-MINISTER SCHMIDT MUSS IM EU AUSSCHUSS MIT NEIN STIMMEN

Kein weiter so, Ausstieg aus Glyphosatanwendung muss endlich beschlossen werden - BUND Naturschutz kritisiert Abstimmungsverhalten bayerischer Europaabgeordneter von CSU und Freien Wählern, die sich in Brüssel für die Weiterzulassung von Glyphosat ausgesprochen haben und appelliert an die Verantwortung der CSU für Bayerns Umwelt und das Image der Landwirtschaft

Am kommenden Donnerstag wird in Brüssel im ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel der EU voraussichtlich die Entscheidung über die Zukunft des Pflanzengiftes Glyphosat fallen. Die EU-Kommission schlägt vor, Glyphosat für weitere 5 Jahre zuzulassen.

„Landwirtschaftsminister Christian Schmidt muss bei der entscheidenden Sitzung mit Nein stimmen“, fordert BN Landesbeauftragter Richard Mergner. Enthält sich Deutschland bei der Abstimmung erneut, ist eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten gegen die Zulassung kaum zu erreichen. Die EU-Kommission wird dann das umwelt- und gesundheitsschädliche Herbizid aller Voraussicht nach zulassen - und in fünf Jahren würde wieder über eine weitere Verlängerung der Zulassung diskutiert. „Es wäre eine unverantwortliche Entscheidung, wenn CSU-Minister Christian Schmidt jetzt nicht das Votum des EU Parlaments für ein klares Auslaufen der Glyphosatzulassung respektieren würde“, so Mergner, „denn dann schadet die derzeitige Mehrheitspartei in Bayern nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Image der bäuerlichen Familienbetriebe.“

Aktueller Abstimmungsmarathon

In der letzten Oktoberwoche gab es im Umweltausschuss sowie im Plenum des EU-Parlaments klare Entscheidungen für ein endgültiges Auslaufen der Glyphosat-Zulassung innerhalb von drei bis fünf Jahren. Doch das EU Parlament ist in diesem Fall nur beratend tätig. Entscheidend ist die Abstimmung im ständigen EU-Ausschuss, in dem die Mitgliedstaaten Sitz und Stimme haben. Am 25. Oktober erhielt der dortige Vorschlag der Kommission auf eine erneute 10 jährige Zulassung von Glyphosat nicht die erforderliche Mehrheit. Jetzt soll erneut abgestimmt werden, über eine 5 jährige Verlängerung mit der Option auf ein danach erfolgreiches Neuzulassungsverfahren.

Die Entscheidungen im Ausschuss werden mit einer sog. qualifizierten Mehrheit gefasst, die mindestens 65 % Bevölkerungsanteil und 55 % der Mitgliedsstaaten berücksichtigt.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München

8.11.2017

PM 100-17/LFG

Landwirtschaft

Bei der Abstimmung im EU Parlament hatten die bayerischen EU Parlamentarier*innen der CSU Albert Deß, Angelika Niebler und Monika Hohlmeier gegen den Ausstieg innerhalb von 5 Jahren votiert, Markus Ferber sich enthalten, und Manfred Weber war bei der Abstimmung nicht anwesend. Auch die Abgeordnete der Freien Wähler aus dem Allgäu, Ulrike Müller, positionierte sich massiv für den weiteren Glyphosateinsatz.

Dagegen stimmten die Abgeordneten der SPD Maria Noichl und Ismail Ertug sowie der Abgeordnete der ÖDP, Klaus Buchner sowie Barbara Lochbihler von den Grünen für ein schnelles Verbot von Glyphosat.

Die Abstimmungsergebnisse der bayerischen EU Abgeordneten der anderen Parteien finden Sie in der Anlage.

Hintergrund

Glyphosat ist das meist verbrauchte Unkrautvernichtungsmittel, das auf ca. 40% der Ackerflächen in Deutschland zum Einsatz kommt. Es findet sich inzwischen in vielen Oberflächengewässern (und teilweise sogar im Grundwasser) und ist in Böden stabiler als lange angenommen. Auch in Lebensmitteln werden zunehmend Rückstände von Glyphosat und seinem Abbauprodukt AMPA nachgewiesen. In die allgemeine Diskussion kam das Mittel, weil es im Verdacht steht, krebserregend für den Menschen zu sein.

Gemeinsam mit anderen Herbiziden hat es zum Verschwinden nicht nur des von Landwirten unerwünschten Aufwuchses, sondern auch vieler Wildkräuter in der Agrarlandschaft geführt. Glyphosat steht für die Intensivierung der Landschaft, die wegen des Kostendrucks zu den billigsten Maßnahmen greift, und da ist Spritzen vordergründig billiger als der Einsatz von Grubber, Schälplflug oder Stoppelhobel. Doch die Kehrseite ist ein mangelndes Nahrungsangebot in der Feldflur, nicht nur für Bienen sondern auch z.B. für Schmetterlinge, Feldlerche oder Rebhuhn.

Von den über 550 in Deutschland beheimateten Wildbienenarten, dazu gehören auch unsere für die Bestäubung so wichtigen Hummeln, sind laut „Roter Liste“ mittlerweile 197 Arten gefährdet, 31 vom Aussterben bedroht und 42 Arten stehen auf der Vorwarnliste. Auch andere Insektenarten gehen in Anzahl und Masse teilweise dramatisch zurück. So haben Untersuchungen im norddeutschen Tiefland gezeigt, dass dort seit 1989 die Masse der Insekten um durchschnittlich 76 % abgenommen hat.

Die Bestände des Rebhuhns sind seit den 1980 Jahren nach europäischen Erhebungen um erschreckende 95% zurückgegangen. Ursache ist neben dem Verlust von Brutplätzen auch der Insektenmangel in der Feldflur.

In den letzten Monaten wurde offenkundig, dass Monsanto, das das Herbizid Glyphosat erstmals auf den Markt brachte, in engstem Austausch mit US-Genehmigungsbehörden stand. In der EU wurden Passagen aus den Anträgen der Firmen nahezu wortgleich, aber ohne Kenntlichmachung, in offizielle

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München

8.11.2017

PM 100-17/LFG

Landwirtschaft

Bewertungen der Behörden (z. B. des Bundesinstituts für Risikobewertung) übernommen.

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN Referentin für Landwirtschaft,
Tel. 0911/81 87 8-20,
E-Mail: marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München

8.11.2017

PM 100-17/LFG

Landwirtschaft

Anlage:

Abstimmungsverhalten der bayerischen EU Abgeordneten am 24.10.2017 im EU-Parlament über eine Resolution für ein endgültiges Verbot des Herbizids bis spätestens 15. Dezember 2022, die trotz Gegenstimmen aus der CSU beschlossen wurde

Name	Partei	Abstimmungsverhalten (Zulassung auslaufen lassen)
Deß, Albert	CSU	dagegen
Ferber, Markus	CSU	Enthaltung
Niebler, Angelika	CSU	dagegen
Weber, Manfred	CSU	nicht anwesend
Hohlmeier, Monica	CSU	dagegen
Müller, Ulrike	Freie Wähler (ALDE)	dagegen
Starbatty, Joachim	LKR (EKR/ECR)	dafür
Ertrug, Ismail	SPD	dafür
Noichl, Maria	SPD	dafür
Westphal, Kerstin	SPD	nicht anwesend
Händel, Thomas	Die Linke	nicht anwesend
Buchner, Klaus	ÖDP (Grüne)	dafür
Lochbihler, Barbara	Grüne	dafür

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München

8.11.2017

PM 100-17/LFG

Landwirtschaft